

Medienkonferenz zur Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter»

Mit der Volksinitiative, die eine 13. AHV-Rente verlangt, sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützt werden, die wesentlich zum Wachstum unseres Landes beigetragen haben und heute im Rentenalter aus unterschiedlichen Gründen ein ungenügendes Renteneinkommen erzielen. Derzeit beträgt die monatliche Rente in der Schweiz durchschnittlich 1'800 Franken und für diejenigen, die regelmässig AHV-Beiträge entrichtet haben, maximal 2450 Franken.

Unser Rentensystem beruht auf dem Solidaritätsprinzip. In diesem Umfeld sollte die Erhöhung der AHV-Renten für alle nicht als Problem angesehen werden, denn die höheren Einkommen tragen wesentlich zur Finanzierung der AHV bei. Ein weiterer wichtiger Aspekt betrifft die Rendite der Pensionskassen, deren BVG-Renten für die zukünftigen Rentner im Laufe der Jahre gesunken sind.

Es ist unbestreitbar, dass das auf zwei Säulen beruhende Vorsorgesystem derzeit unter Druck steht. In diesem Zusammenhang versteht sich die Volksinitiative als eine Antwort auf die Schwächen des Systems. Allen Pensionierten, die von der Politik Massnahmen erwarten, bietet sie konkrete Lösungen. Für die Initiative sprechen auch die unaufhaltsam wachsenden Lebenshaltungskosten als Folge steigender Mieten und teurerer Krankenversicherungen. Für die zukünftigen Rentner sind sie eine ernste Gefahr. Bis Ende Jahr werden diese nämlich den Gegenwert einer ganzen Monatsrente an Kaufkraft einbüssen.

Heute wollen wir für ein objektives Problem eine klare Antwort liefern. Wir versuchen, für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angemessene Bedingungen zu schaffen, damit sie nicht unter prekären Voraussetzungen in den Ruhestand treten müssen.

Schliesslich erinnere ich daran, dass die Frauen als Folge der Lohnungleichheit (Gender Pension Gap) auch um 37% tiefere Renten beziehen. Das macht sie noch anfälliger für Armut. Auch auf dieses Problem ist die 13. AHV-Rente eine konkrete Antwort.

Mit dieser Volksinitiative wollen wir das Ziel erreichen, den heutigen und den künftigen Rentnerinnen und Rentnern die Würde eines angemessenen Einkommens zu geben, damit sie nicht gezwungen sind, staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen oder – schlimmer noch – das Land zu verlassen, zu dessen Aufbau sie beigetragen haben.

Giorgio Fonio

Regionalsekretär OCST und Nationalrat